

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 28. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 19.12.2013</b></p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.20 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Liess in Vertretung für Herrn Jägers  
Frau Metschies  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Herr Imhoff  
Herr Strohmänn

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Kleemann  
Herr Eickhoff  
Herr Dr. Lampe  
Herr Klugkist  
Frau Urban  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Frau Köhnlein  
Herr Mathia  
Herr Schobeß  
Frau Sittauer  
Herr Imholze  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Frau Pieper  
Herr Gellhaus

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV  
GeoInformation

**III Gäste**

**IV Gastdeputierte**

Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Neumeyer

SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Bündnis 90 / Die Grünen  
Bündnis 90 / Die Grünen  
CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 28. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Zurückgezogen wird TOP 4 „Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG), Bericht über die geplante Mittelverwendung 2014“

Als Tischvorlage liegt eine Neufassung zu TOP 6a vor „Information über das Förderprogramm des Landes Bremen „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ aus Anlass einer Überprüfung durch den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen“

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/27 der Sitzung am 28.11.2013)	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*- einstimmig -*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	<b>Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG)</b> <b>Bericht über die geplante Mittelverwendung 2014</b> -3-	Vorlage 18/322
-------	--	-------------------

*zurückgezogen*

TOP 5	<b>Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Aumund-Hammersbeck der Stadtgemeinde Bremen</b> -30-	Vorlage 18/324
-------	--	-------------------

Auf Nachfrage von **Herrn Gottschalk** erläutert **Frau Sittauer**, dass nach dem Bundesnaturschutzgesetz für Flächen, die bestimmten Zwecken dienen und in einem Plan entsprechend festgesetzt seien, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten sei. Dies bedeute, dass für die Fläche, für die die Exxon Mobil die Erlaubnis zum Aufsuchen von Bodenschätzen, hier von Gas- und Erdöl habe, eine Befreiung grundsätzlich möglich sei. Ein konkretes Vorhaben sei nicht bekannt.

**Herr Klugkist** ergänzt auf Nachfrage von **Frau Dr. Schaefer**, dass es bisher keine konkrete Genehmigung gebe. Bremen und Umgebung sei Konzessionsgebiet für Exxon Mobil. Dies sei bergrechtlich durch die zuständige Behörde in Niedersachsen festgelegt. Exxon Mobil könne dort grundsätzlich Genehmigungen zur Erkundung von Erdöl- oder Erdgaslagerstätten und zur Förderung beantragen. Die von Exxon Mobil gewünschte generelle Freistellung sei abgelehnt worden, stattdessen sei eine Befreiung im Grundsatz möglich, sobald eine konkrete Genehmigung beantragt werde, weil ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliege. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens würden konkrete naturschutzfachliche Einschränkungen erteilt werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt das Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Erlass einer neuen Naturschutzgebietsverordnung „Hammersbecker Wiesen“ im Ortsteil Aumund-Hammersbeck der Stadtgemeinde Bremen und der damit verbundenen Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen vom 2. Juli 1968 zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Entwurf der Verordnung dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.

einstimmig

TOP 6	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
TOP 6a)	<b>Information über das Förderprogramm des Landes Bremen „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ aus Anlass einer Überprüfung durch den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen</b> - 21-	BdV schriftlich

**Herr Gottschalk** führt aus, dass sich durch den Bericht ein Vorbehalt gegen Beratungskosten und Qualitätssicherung ziehe. Immer wenn es um verbrauchernahe Bereiche gehe, könne man Beratung und Qualitätskontrolle gar nicht hoch genug werten. Abschreckende Effekte würden nur bei kleinen Summen auftreten. Bei größeren Vorhaben sei es sinnvoll, Wert auf Beratung und Qualitätskontrolle zu legen. Dieser Punkt müsse noch intensiver besprochen werden. Der zweite Punkt sei die Frage Darlehen oder Zuschuss. Sicher sei nicht sinnvoll, kleinere Summen als Darlehen zu gewähren. Aber gerade bei Mehrfamilienhäusern und anderen, größeren Objekten stelle sich die Frage, ob Fördersummen von 1000 € nicht als reiner Mitnahmeeffekt betrachtet werden, die gemessen an den Investitionskosten keinen Anreiz

geben. Alternativ könnte bei größeren Vorhaben über die Darlehensfrage nachgedacht werden. Bei einem Darlehen über 50.000 € mache eine Zinssenkung von einem Prozent viel aus und biete einen Anreiz. Möglicherweise erreiche man dadurch im Bereich von Häusern mit mehreren Mietwohnungen mehr als mit einer Zuschussförderung. Auch dieser Punkt müsse noch vertiefend diskutiert werden.

**Frau Dr. Schierenbeck** weist darauf hin, dass unabhängig von Mitnahmeeffekten die qualitativen Anforderungen dieses Programms ein großes Plus seien. Fördermittel erhalte nur, wer bestimmte Dämmstandards einhalte. Vielleicht würde der Antragsteller bzw. die Antragstellerin das Haus auch ohne Zuschuss dämmen, aber möglicherweise dann mit einem geringeren Standard.

**Frau Staatsrätin Friderich** sagt zu, die Fragen aufzunehmen und zu beantworten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.*

<b>TOP 6b)</b>	<b>Sachstand zur Roten Liste der bedrohten Tierarten</b> -3-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

**Herr Imhoff** findet den Bericht enttäuschend. Seine Fragen seien durch den Hinweis auf zwei Internetseiten natürlich nicht beantwortet worden. Seine Frage war, welche Arten seit 2000 in die Roten Listen aufgenommen oder herausgefallen seien.

**Herr Klugkist** erklärt, dass diese Listen für Bremen und Niedersachsen gemeinsam erstellt werden und deswegen keine spezifische Aussage für Bremen getroffen werden könne. Es gebe jedoch Daten darüber, welche Artenbestände in Bremen zu- oder abgenommen haben. Dies sei dem Bericht zur Lage der Natur in Bremen zu entnehmen.

**Herr Imhoff** bittet darum, zur nächsten Sitzung für Bremen und Niedersachsen die Frage zu beantworten, wie sich die Tendenzen der einzelnen Tierarten in Bremen verhalten und welche für Bremen relevanten Tierarten in die Roten Listen aufgenommen und welche herausgefallen seien.

**Herr Klugkist** weist darauf hin, dass diese Frage nur für Bremen beantwortet werden könne. Im Bericht zur Lage der Natur in Bremen aus dem Jahr 2011 seien die Bestände lebensraumbezogen dargestellt, exemplarisch sei dies auch für einzelne Arten machbar.

**Frau Dr. Schaefer** unterstützt die Frage von Herrn Imhoff. Man könne auf der Basis dieser standortbezogenen Erhebungen auch auf Rote- Liste- Arten schließen.

**Herr Senator Dr. Lohse** schlägt vor, anstelle eines Berichts der Verwaltung den Bericht zur Lage der Natur in Bremen in der Deputation zu verteilen und zu beraten.

**Herr Imhoff** ist damit einverstanden.

Beschluss:

*Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 6c)	<b>Bremer essen regional</b> -71-	BdV schriftlich
---------	--------------------------------------	--------------------

**Herr Saffe** kritisiert, dass der Auftrag der Ziffer 1 des Antrags, eine Kampagne „Bremer essen regional“ durchzuführen, die die Vorteile regionaler Lebensmittel den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, fehle. Es sei nicht zu erkennen, dass Idee und Geist des Antrags erfüllt seien. Entgegen der Aussage im Bericht halte er es für sinnvoll, die Verbraucher durch Aufklärung über die Vorteile regionaler Erzeugnisse zur Schaffung von Nachfrage zu animieren.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass diese Frage in die Zuständigkeit des Landwirtschaft Bereiches falle. Dieses Ressort sei jedoch nicht für Landwirtschaft zuständig.

**Herr Imhoff** erinnert an die Diskussion des Antrags in der Bürgerschaft. Damals hätten alle Parteien diesem Antrag sehr wohlwollend gegenüber gestanden. Dieser Antrag sei an die Deputation überwiesen worden, damit er inhaltlich weiter entwickelt werde. Diese Weiterentwicklung könne er hier nicht sehen. Ressortzuständigkeiten seien immer schwimmende Grenzen, das könne man hier nicht so differenzieren. Der zweite Punkt im Antrag sei ebenfalls nicht erfüllt. Danach sei ein Konzept zu entwickeln, die Bremer Lebensmittelproduzenten bei der Selbstvermarktung zu unterstützen. Er habe bereits in der Debatte in der Bürgerschaft vorgeschlagen, beispielsweise über Milchtankstellen oder eine Straußenwirtschaft nachzudenken. Es bestehe Einigkeit, die Landwirtschaft in Bremen zu erhalten und die schwierigen stadtnahen Bedingungen aufzufangen. Eine regionale Vermarktung sei eine gute Sache für alle Seiten: für die Verbraucher, für die heimische Wertschöpfung und auch für die Lebensmittelproduzenten. Dies sei hier nicht erfüllt worden.

**Herr Senator Dr. Lohse** macht deutlich, dass das Ressort durchaus inhaltlich mit den genannten Themen sympathisiere, diese aber keinem Themenschwerpunkt der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zuzuordnen seien. Der Geschäftsverteilung im Senat sei aber zu entnehmen, dass für Landwirtschaft der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zuständig sei.

**Frau Dr. Schaefer** teilt ebenfalls inhaltlich die vorgetragenen Punkte. Der Bereich Landwirtschaft sei jedoch definitiv beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angesiedelt. Ein Konzept zu entwickeln, das Bremer Lebensmittelproduzenten in der Selbstvermarktung unterstütze, sei klassisches Aufgabengebiet für Wirtschaft und Landwirtschaft. Sie schlägt vor, den Auftrag an die Wirtschaftsdeputation zu überweisen. Es wäre auch gut, wenn die Ressorts sich untereinander verständigen oder ressortübergreifend diese Themen bearbeiten.

**Herr Gottschalk** fasst zusammen, dass im Rückblick in der Vergangenheit Projekte zwar angeschoben wurden aber unvollendet geblieben sind, wie beispielsweise BioStadt Bremen. Daher unterstütze er den Vorschlag, zu beschließen, dass das Wirtschaftsressort hier die Leitfunktion habe und dorthin zu überweisen.

**Herr Saffe** wendet ein, dass der Antrag an den Senat überwiesen wurde und er als Abgeordneter erwarte, dass der Senat insgesamt diesen auch umsetze.

**Frau Dr. Schierenbeck** stimmt dem zu. Die Bürgerschaft könne erwarten, dass der Senat die geforderte Kampagne vom zuständigen Ressort erarbeiten und durchführen lasse. Dass dieser Deputation berichtet werden solle bedeute nicht, dass sonst nichts getan werde.

**Herr Senator Dr. Lohse** schlägt vor, in der nächsten Sitzung einen überarbeiteten Beschlussvorschlag vorzulegen.

**Kein Beschluss**

<b>TOP 7</b>	<b>Verschiedenes</b>	
TOP 7a	Frau Dr. Schaefer bittet um einen Sachstand zur <b>Luftmessstation „Grauer Wall“ in Bremerhaven.</b>	
TOP 7b	Frau Dr. Schaefer bittet um einen Bericht zu den <b>Umweltemissionen der Stahlwerke.</b>	
TOP 7c	Herr Strohmann möchte einen Bericht zum Thema <b>„Die dürfen das – Radfahren auf der Straße ist erlaubt!“</b>	
TOP 7d	Herr Imhoff bittet um einen Bericht zum <b>Stauplan Lesum- und Ochtumsperrwerk</b> , insbesondere hinsichtlich der Frage, wann die vorgesehenen Flächen zum Schutz vor Hochwasser geflutet werden, auch unter Berücksichtigung drohender Schäden im Weserstadion.	

**Die Berichte sollen schriftlich zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.**

TOP 7e	<b>WLAN im Ansgaritorsaal</b>	
--------	-------------------------------	--

**Herr Imhoff** regt an, im Sitzungssaal WLAN zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird dies prüfen.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 28. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll